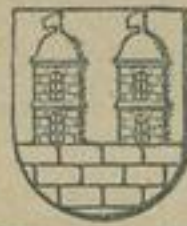


# Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postcheck Dresden 2640



erschient 14 mal wöchentlich nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Depostpreis bei Wilsdruff 1. Die Woche n. 4. 11.—10. 13. 23 Milliarden, durch unsere Quittungen zugewonnen in der Stadt 23 Milliarden auf dem Lande 23 Milliarden, durch die Post monatlich einnehmend. Alle Poststationen und Postämter sowie andere Quittungen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle künftiger Kriege, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Depostgeldes.

Anzeigenpreis für die 4 gespaltene Raumzeile 100 Mk. mal Wochen-Schließzahl (Woche n. 4. 11.—10. 13. 24 000 000) Monatspreis 250 Mk. mal Wochen-Schließzahl, sonstige Anzeigen, die 3 gespaltene Raumzeile 100 Mk. mal Wochen-Schließzahl, Nachmittags-Beilage 100 Mk. mal Wochen-Schließzahl. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenanspruch erlischt, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen,

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Charandt, Finanzamts Rossen.

Nr. 131 — 1923 — 82. Jahrgang.

Donnerstag / Freitag 8. / 9. November

Wegen des gesetzlichen Feiertages am Freitag erscheint die nächste Nummer dieses Blattes erst am Sonnabend den 10. Nov. zur gewohnten Zeit.

## Der Völkerbund.

Eine der unsinnigsten „Errungenschaften“ des großen Völkerkrieges ist der „Völkerbund“, jenes Gemischel von Vertretern der Reiche, Staaten und Städte, die sich von Woodrow Wilson, dem Vater des Bundes, zusammenzoteln lieh, als der „Friede“ geschlossen werden sollte. Die Regelung von schwebenden Fragen mit seinen „Mitgliedern“ galt sein Verberben. Die Schlichtung von Streitigkeiten sein Bestehen. Der Nattenfängerstübchen des amerikanischen Präsidenten waren sie gefolgt, alle die Länder, die da glaubten, ihren durch die Abwägung der europäischen Mittelstaaten vergrößerten Besitzstand nunmehr auf ewig unangefastet zu sehen. Die Toren! Als ob es einen Völkerfrieden jemals geben könne! Als ob durch den „Völkerbund“, gleichviel, wie er zusammenkam, welchen Voraussetzungen er sein Dasein verdankt, sich jemals die Begriffe „Konkurrenz“, „Wettbewerb“, „Ehrgeiz“, „Hader“, „Neid“ aus der Welt schaffen ließen! Wenn das der große Krieg noch nicht gezeigt, der wirds nie begreifen. Wo er aber noch ein letztes Hoffnungsstückchen am Olimpus ließ, da sollte doch die Nachkriegszeit den löschenden Tropfen gegeben haben. Wohl gibt es unverderbliche Friedensapostel und Anhänger der großen, internationalen Friedensidee, auf den Völkerbund als Bewirklicher ihrer Ziele dürfte aber wohl keiner mehr zu setzen wagen. Die deutschen Sozialdemokraten haben denn auch ihre Forderung vom 12. August, nur eine Regierung zu stützen, die den Antrag zur Aufnahme in den Völkerbund stellt, nicht mehr wiederholt.

Ein geradezu vernichtendes Urteil über die Institution des Völkerbundes fällt Nitti, der ehemalige italienische Ministerpräsident. In seinem Werke „Der Niedergang Europas“ schreibt er (nach der „L. N.“) u. a.:

„Am die Ansprüche der Sieger zu vertreten und allen Mischbräuden eine gesetzliche Form zu verleihen, existiert der Völkerbund mit dem Ziel in Genf. In diesem Bunde sind alle Staaten beteiligt: tatsächlich aber sind die Besiegten ausgeschlossen, da sie nicht eher aufgenommen werden können, als bis sie allen Verpflichtungen nachgekommen sind, d. h. in Wirklichkeit niemals. Andererseits arbeitet der Völkerbund, von dem sich die Vereinigten Staaten von Amerika mit ernstem Tatkraftsinn und politischer Würde ferngehalten haben, ausschließlich als Schutrgan der Sieger. Grundprinzip ist, daß die Mitglieder des Völkerbundes sich verpflichten, die territoriale Unverletzbarkeit und die gegenwärtig bestehende politische Unabhängigkeit aller an dem Bund Teilnehmenden zu achten und vor Angriffen zu schützen (Artikel 10). Also müssen sich in Wirklichkeit alle zum Bund gehörigen Staaten für die Angelegenheiten der Verbündeten, die durch die Verträge geheiligt sind. Irrendwelse Abänderung kann nicht zugelassen werden. Der Völkerbund funktioniert auch solche Gewalttätigkeiten wie die Zerstückelung Deutschlands in zwei Teile und den Danziger Korridor, den ernsthafteste Polen selbst als eine moralische Angelegenheit betrachten, für welche sie jedoch alle Verantwortung ablehnen, weil Polen noch nicht existierte, als der Versailles Vertrag aufgesetzt wurde. Diese Mischbräuden wurden weniger zu dem Zwecke verübt, Polen nützlich zu sein, für das sie im Gegenteil eine ständige Gefahr bilden, als vielmehr um Deutschland zu beschimpfen.“

An anderer Stelle sagt Nitti:

„Die Verträge des Jahres 1919/20 haben einen gemeinsamen Charakter, nämlich den Geist des Hasses vereint mit der Gier, die Besiegten mittels unmöglicher Bedingungen zu vernichten; sie haben zugleich auch eine gemeinsame Haltung nach außen hin, indem sie die Besiegten als die einzigen Schuldigen und die Sieger als die Männer des Friedens erscheinen lassen, als jene Männer, die jedem Einzelvertrag jenen Vertrag der Gesellschaft der Nationen, den sogenannten Völkerbund, vorausgeschickt, der vielmehr ein Dokument der Ironie ist. Denn wenn die Verträge, wie Clemenceau ausdrücklich in der französischen Kammer gesagt hat, nichts sind als eine Art, den Krieg fortzusetzen, dann ist der vorangestellte Gesellschaftsvertrag weniger eine Beschimpfung der Besiegten, als eine Drohung auf den Frieden selbst.“

Der siegreichen Demokraten gedenkt Nitti im Vorwort seines Buches ganz besonders. Ihnen gelten folgende Worte:

„Die siegreichen Völker suchen ihren Ruhm in denselben Dingen, die sie vordem als Schmach gewißelt und begehren Handlungen, die weit grausamer und sinnloser sind als alles, was angeblich während des Krieges in der Absicht des Besiegten geleistet wurde. Nur eins hat sich geändert: die Erpressungen, die Vergewaltigungen, die Taten der Brut, die Verbrechen werden im Namen der siegreichen Demokratie begangen.“

Ob es nach diesen Äußerungen eines Mannes, der selbst im Kreise der Sieger eine hervorragende Stelle einnahm, nun immer noch „Parlamentarier“ gibt, die ihrer Regierung das „Ansehen“ aufzunehmen in diesen „Bund“ zur Pflicht machen, darf bezweifelt werden. Selbst in Anbetracht dessen, was bei den Deutschen und ihren politischen „Künstlern“ alles möglich ist. . . .

## „Reichs-Appell“ und — Massen-Blünderungen.

Berlin, 5. November. Die Reichsregierung, unterzeichnet vom Reichspräsidenten Ebert und dem Reichsminister Dr. Stresemann, erläßt unter dem heutigen Tage folgenden

### Appell an das Deutsche Volk:

„In schwerster Lage drohen dem Reiche innere Erschütterungen. Gewisse, wenn auch nicht zahlmäßig starke Kreise versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungesetzlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben und vielleicht sogar die Brandfackel des Kampfes Deutscher gegen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen.“

Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Bestrebungen mit äußerster Energie und mit ganzer Kraft entgegenzutreten. Sie wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Wenn wir über die Zeit des Uebergangs zu der neuen werbeständigen Wahrung und wenn wir über die Zeit schwerer Arbeits- und Erwerbslosigkeit, schwieriger Wirtschaftsverhältnisse und des unerhörten außenpolitischen Druckes hinwegkommen sollen, dann ist Voraussetzung dafür die Erhaltung der Reichseinheit und der Ordnung und Sicherheit im Innern. Jede Erschütterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und führenden Persönlichkeiten, die Deutschlands unerträgliche Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deutschen Volke verzweifeln, wenn sie sehen, daß es sich in einer solchen Zeit gegenseitig zerfleischt.

Bedenkt auch, wie eine Zerfleischung im Innern auf unsere Brüder an Rhein und Ruhr wirken müßte, die im schwersten Kampfe gegen bezahlte, bewaffnete separatistische Herden ihr Deutschtum verteidigen. Sie haben das Recht, zu erwarten, daß das ganze deutsche Volk ihren Kampf mit führt und daß nicht im Innern des Reiches Deutsche kämpfen ohne ein Ziel, das irgendeine Aussicht auf Besserung gibt.

Sei man sich auch klar darüber, daß jede Möglichkeit, außenpolitisch überhaupt etwas zu erreichen, mit dem Augenblick endgültig geschwunden ist, in dem an Stelle einer verfassungsmäßigen Regierung irgendeine ungesetzliche Macht Deutschland nach außen hin zu vertreten suchen wird.

Die deutsche Regierung besitzt die Nachmittel, um jedem Putsch mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Die Reichswehr und die Schutzpolizei werden getreu ihrem Eide ihre Pflicht tun. Die Reichsregierung vertraut fest darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und Willen ausgenutzt werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für die Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten wird.“

### Blünderungen in Berlin.

Die Plünderungen im sogenannten Scheunenviertel in Berlin haben sich auch am Dienstag fortgesetzt. Es liegen darüber folgende neuere Meldungen vor:

Berlin, 6. November. Es ist aufgefallen, daß sowohl von deutschvölkischer als auch von kommunistischer Seite eine lebhaftige Straßenagitation betrieben wurde. Aus allen Teilen der Stadt liegen den Aufsichtsbehörden Meldungen vor, die besagen, daß die Hege von rechts und links verstanden, die Plünderungen, die aus ganz andern Motiven entstanden sind, in national-kommunistisches Fahrwasser zu leiten. Minister Cövering hat nunmehr Anweisung gegeben, der Bewegung mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten. Im Scheunenviertel wurde eine gründliche Säuberungsaktion vorgenommen, um eine Wiederholung der Vorgänge am Montag zu verhindern. Da zahlreiche Angriffe gegen Bürger jüdischen Glaubens gerichtet worden sind, hat der Kommandeur der Schutzpolizei in einem besonderen Erlaß seine Beamten nachträglich angewiesen, den

Schutz allen Bürgern ohne Unterschied der Konfession angedeihen zu lassen. Für den Fall, daß sich die Unruhen auch auf weitere Stadtteile ausdehnen sollten, sind besondere Verordnungen des Reichspräsidenten zu erwarten.

### Nähernd 400 Personen

find von der Berliner Polizei festgenommen worden. In vielen Fällen handelt es sich um halbwüchsige Burschen. Im ganzen sind nach den eingelaufenen Anzeigen weit über tausend Geschäfte im Laufe des Montag ausgeplündert worden. Am Dienstag vormittag wurde in der Inselstraße ein Wäsche-Engrosgeschäft von einer Anzahl Erwerbslosen mit Brechklagen und andern schweren Werkzeugen erbrochen und der Inhalt des Ladens verteilt. Das gleiche Schicksal widerfuhr einem Schneidergeschäft in der Nähe des Spittelmarktes. Jedemal, wenn Schutzpolizei in die Nähe kam, verschwanden die Plünderer um die nächste Straßenecke. In der Seidelstraße gelang es einem einzigen Schupmann, mit vorgehaltenem Revolver einen Zug von Plünderern zum Halten zu bringen.

### Auch Charlottenburg

wurde von den Plünderern stark heimgesucht. Auch dort kam es zu Ausraubungen von Geschäften, namentlich von Schlächtereien, Bädereien und Delikatessengeschäften; auch einzelne Zigarrengeschäfte wurden ausgeraubt. In der Kanistraße in Charlottenburg wurden sogar Privatautos auf der Straße angehalten, die Insassen herausgezerrt und ihnen die Briefschaften genommen. Durch das scharfe Vorgehen der Polizei, die jedes Steckenbleiben und jede Ansammlung verhindert, wurden größere Ausschreitungen verhütet.

### Aufschub der sächsischen Gemeindevahlen.

Die sächsische Regierung beabsichtigt, einen Gesetzentwurf an den Landtag zu bringen, durch den die auf den 18. November angelegten Gemeindevahlen bis zum Februar nächsten Jahres verschoben werden. Sollte der Landtag am Donnerstag aufgelöst werden, so will die Regierung eine Notverordnung erlassen, die das gleiche Ziel verfolgt.

Wie die „L. N.“ hören, ist es sehr wahrscheinlich, daß die Regierung nicht mit einem Gesetzentwurf, sondern mit einer Verordnung herauskommt, die die Gemeindevahlen bis auf unbestimmte Zeit verschiebt. Auf jeden Fall kann aber damit gerechnet werden, daß die Gemeindevahlen nicht am 18. November stattfinden.

### Verordnung über Geltung des Berliner Mark-Kurses.

Berlin, 5. November. Der Reichspräsident hat heute auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Bei vertraglichen Verpflichtungen, die nach einem außerdeutschen Kurse der Mark bemessen sind, kann die Erfüllung während der Geltungsbauer dieser Verordnung verweigert werden, sofern der Forderungsberechtigte die Annahme der Geltung auf der Grundlage des Berliner Kurses der Mark ablehnt.

§ 2. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt des Außerkräfttretens dieser Verordnung.

§ 3. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Als Verkündung gilt die Verbreitung durch das Reichs-Büro und die Veröffentlichung in der Presse.

## Graf Westarp in Meissen.

Meissen, 7. November.

Gestern Dienstag hatte der Deutschnationale Verein in der Amtshauptmannschaft Meissen zu einer öffentlichen Versammlung nach dem großen Saale der „Sonne“ in Meissen eingeladen; als Redner des Abends war der weit über Deutschlands Grenzen bekannte Reichstagsabgeordnete Graf Westarp aus Berlin (Oberverwaltungsgerichtsrat a. D.) gewonnen worden. So viel Menschen wie am Dienstagabend hat der „Sonne“-Saal wohl kaum jemals beherbergen gesehen. In der Hauptsache hatte sich die Landwirtschaft des Bezirkes eingefunden, aber auch aus andern Kreisen, vor allem aus der Arbeiterschaft, waren Zuhörer erschienen. Der deutschnationale Führer, ost von stürmischem Beifall, leider auch von pöbelhaften Zwischenrufen unterbrochen, legte in seinem Vortrag „Meber die politische Lage“ etwa folgendes dar:

Wir befinden uns noch mitten im Weltkriege, der im August 1914 seinen Anfang genommen hat. Vor wenigen Tagen haben wir einen neuen Feldzug, den Kampf an Rhein und Ruhr, verloren, weil wir den Kampf nicht als einiges Volk geführt haben. Wir Deutschnationalen sind zunächst auch für den passiven Widerstand eingetreten, haben aber erwartet, daß der passive

Kampf sich nach und nach aktiv auswachsen werde. Helben wie Schlageter haben das ganz richtig erfaßt. Die marxistische Presse aber hat diese Helben als Verbrecher hingestellt. Als der passive Widerstand infolge der Halbheit der sozialistischen Regierungsmittelglieder nicht aktiv ausgestaltet wurde, mußte er in sich zusammenbrechen.

Friedrich der Große, der größte König, Feldherr und Staatsmann Preußens, hat immer darauf hingewiesen: Wer zu früh das Schwert in die Scheide steckt, hat nichts getan, weil er nicht alles getan hat.

Solange marxistisch in Deutschland regiert wird, kommen wir nicht vorwärts. Alles, was Scheibemann im November 1918 dem deutschen Volke versprochen hat, hat sich als eitel Dunsst erwiesen. Es ist ein Unfug, wenn die deutsche Sozialdemokratie noch immer von Völkerverständigung, Völkerveröhnung, Weltgewissen redet, während die ganze Welt um uns in Waffen starrt!

Soll es besser werden, dann muß ohne die Sozialdemokratie regiert werden auf einer Basis, die gebildet wird von allen staatsbürgerlichen Deutschen. Die nationale Regierung richtet sich nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern nur gegen deren Führer, die bewußt oder unbewußt für das französisch-belgisch-englisch-amerikanische, d. h. internationale Großkapital arbeiten. Es ist eine Nichtswürdigkeit, wenn die marxistische Presse